

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

## Gleichstellungspolitik

### **Wie wird DIE LINKE im Europäischen Parlament den Auftrag zur Gleichstellungspolitik verstehen? Als „Gleichberechtigungspolitik“ oder als „Angleichungspolitik“?**

---

DIE LINKE vertritt eine konsequente Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung und in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt. Eine Politik der „Chancengleichheit“ dagegen, die nur auf gleiche Startbedingungen setzt, schafft alleine keine Gleichstellung. Gleichstellung kann man nicht an formalen Rechten messen, sondern am tatsächlichen Ergebnis. Daher beschränkt sich DIE LINKE nicht darauf, den Zugang von Frauen und Männern zu Bildung, Ausbildung und Beruf gleich zu gestalten, sondern will bestehenden Benachteiligungen durch gezielte Maßnahmen aktiv entgegenwirken.

Patriarchale Strukturen durchziehen nach wie vor alle gesellschaftlichen Bereiche. Frauen erbringen mehr als die Hälfte aller Arbeit in der Gesellschaft, insbesondere nicht entlohnte Haus-, Pflege- und Reproduktionsarbeit, aber ihre Arbeit wird weniger anerkannt, und sie werden im Bereich der Erwerbsarbeit immer noch wesentlich geringer entlohnt als die männlichen Kollegen.

DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch. Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes, solidarisches Leben ein, in dem Erwerbsarbeit, Familienarbeit, gesellschaftliches und politisches Engagement für Männer und Frauen miteinander vereinbar werden. Wir treten dafür ein, die sozialen Sicherungssysteme, die Gestaltung der Arbeitswelt, das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und die Rahmenbedingungen für die politische Beteiligung in Wirtschaft und Politik so zu verändern, dass Benachteiligungen beseitigt werden.

Wir unterstützen Maßnahmen, die zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, streiten für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, für die Verkürzung der Arbeitszeit und für die gerechte Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit auf Männer und Frauen.

Die Flexibilisierung der Arbeit darf nicht dazu führen, dass das soziale Miteinander und die Freizeit dem Diktat der ständigen Abrufbarkeit unterworfen wird. Wir lehnen prekäre, ungesicherte Beschäftigung und eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeit auch deshalb ab, weil solche Arbeitsverhältnisse familien- und kinderfeindlich sind. Wir fordern dagegen das Recht auf ganztägige gebührenfreie Betreuung und Bildung in Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten für alle Kinder. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung für eine gute frühkindliche Förderung aller Kinder und ist erforderlich, damit Frauen und Männer gleichberechtigt Erwerbsarbeit und Familienleben miteinander vereinbaren können.